

Die „Vorwärts“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der morgendliche Heft enthält die Nachrichten, die des Abends 12 Uhr im „Vorwärts“ erscheinen. Der nachmittägliche Heft enthält die Nachrichten, die des Morgens 12 Uhr im „Vorwärts“ erscheinen. Der morgendliche Heft enthält die Nachrichten, die des Abends 12 Uhr im „Vorwärts“ erscheinen. Der nachmittägliche Heft enthält die Nachrichten, die des Morgens 12 Uhr im „Vorwärts“ erscheinen.

Derzeit haben die Abnehmer der „Vorwärts“ über dem Namen 75 Pf. „Kleiner Anzeigen“ das letzte Heft des Monats 20 Pf. Anzeigenzahlung 50 Pf. Der morgendliche und nachmittägliche Heft der „Vorwärts“ enthält die Nachrichten, die des Morgens 12 Uhr im „Vorwärts“ erscheinen. Der nachmittägliche Heft enthält die Nachrichten, die des Morgens 12 Uhr im „Vorwärts“ erscheinen.

Verleger: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19. Verleger: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19.

Verleger: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19. Verleger: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19.

# Die Streifheit

## Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Jahrgang 2

So.abend, den 22. Februar 1919

Nummer 96

# Revolutionäre Gärung in München.

### Die Presse über das Attentat.

Ganz offen jubelt die Reaktion über den Streich, den der adlige Attentäter in München gegen Eisner geführt hat. Sie legt die gemeine Verleumdung Eisners auch nach seinem Tode noch fort. Die „Kreuzzeitung“, die sich nicht genug entrüsten kann über angebliche Gewalttaten gegen die Bourgeoisie, magt folgende Reichenschilderung an Eisner zu begeben:

„Eisner war einer der übelsten Vertreter des Judentums, die in der deutschen Geschichte der letzten Monate eine so bedeutende Rolle gespielt haben. In hervorragender Weise veranschaulichten sie in ihm zwei Eigenschaften seiner Rasse, der geschlechtlich begründete Antisemitismus — auch Eisner war in hohem Grade Antisemit — und die blutdürstige Begierde nach blutigen Taten.“

Ist auch die übrige reaktionäre Presse in ihren Behauptungen etwas vorsichtiger, so kann sie ihre Meinung über den Mord doch nicht verbergen. Der „Deutschen Tageszeitung“ entging nicht mühelos eine schwache Mißbilligung der Tat, findet aber alles Entschuldigende für den Mörder und verliert sein Verbalten an rechtfertigen. Sie wagt es, die Tötung des Mörders, dessen Schuld einwandfrei feststeht, auf die gleiche Stufe zu stellen mit dem Mord an dem „Vorwärts“ und den meuchlings hingemordeten Spandauer Arbeitern.

Wenigstens äußert sich die gesamte übrige reaktionäre Presse. Auch die liberalen bürgerlichen Zeitungen wagen es nicht, offen und deutlich zu sagen, daß dieses Attentat geboren ist aus der hemmungslosen und vergifteten Gärung, die sie selbst gegen Eisner seit Wochen betrieben haben. Gegenüber der Lauterkeit der Gesinnung von Eisner seinem, bei allen ehrlichen Menschen anerkannten idealen Streben und der Selbstlosigkeit, behauptet sie, daß er eine verhängnisvolle Politik zu betreiben suchte. Das wagt die Presse in dem Augenblick zu schreiben, wo Eisner gekreuzt keiner ganzen Ueberzeugung und seiner Haltung während der Revolution gewillt war, im Verein mit seinem Kollegen im Ministerium zurückzutreten.

Aber der Haß der Reaktion und die schlecht verheilte Feindschaft des Bürgertums hat eine tiefere Ursache: Eisner wollte die Herrschaft des Sozialismus. Er suchte sie zu verwirklichen durch die gemeinsame Aktion des gesamten Proletariats. In seinen Berechnungen war nichts von einer Mitwirkung des gegenrevolutionären Bürgertums enthalten. Er war der wärmste Freund des Proletariats, aber auch der größte Feind des Bürgertums. Deshalb suchte man ihn zu besitzeln, weil man in ihm den gefährlichsten Gegner sah, der den Sozialismus ohne Rücksicht auf Bürgertum und Reaktion zu verwirklichen suchte.

### Keine Rätereipublik er! ährt!

Berlin, 22. Februar. Bei der Blättermeldung, daß in München die Rätereipublik ausgerufen sei, handelt es sich lediglich um ein Gerücht, für das sich eine Bestätigung zur Zeit nicht beschaffen läßt.

München, 22. Februar. Im Deutschen Theater fand gestern Abend eine Versammlung der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte statt. Es wurde für heute nachmittags 1 Uhr ein Appell auf der Theresienwiese beschlossen. Die Mitglieder der Arbeiterorganisationen werden gegen ihren Organisationsausweis Waffen erhalten, ebenso die Soldaten, deren Truppenstücke hier in der Stadt liegen.

### Der Belagerungszustand in Augsburg.

Augsburg, 22. Februar. Auf Anlaß der Ermordung Eisners kam es gestern Abend in Augsburg zu großen Demonstrationen und Ausschreitungen, die sich bis in die späte Nachtstunden ausdehnten. Eine große Menge Un-

sätzlich junger Weisheit, was mit Einbruch der Dunkelheit zu den bürgerlichen Zeitungen, wo sie alles kurz und klein schlug, die Kontormöbel und sonstiges Inventar, sowie alles, was in die Hände der Arbeiter gelangte, wurde geplündert und auf der Straße verbrannt. Die Menge zog später nach dem Rathaus und dem Rathaus Landauer, welches geplündert wurde. Auch im Zentrum der Stadt ereigte eine Reihe anderer Verbrechen das gleiche Schicksal. Aus dem Straßensystem wurden die Gefangenen befreit und die dortigen Akten vernichtet. Die Menge zog auch nach der Kreisregierung, dort schloß eine Polizeibatterie auf die Menge. Gewandlung und Plünderungen wiederholte die Straßen und gab den Soldaten auf die Menge ab. Die Zahl der Toten und Verwundeten steht noch nicht fest. Ueber Augsburg wurde der Belagerungszustand verhängt.

### Das Ende des Generalstreiks im Ruhrrevier.

Essen, 21. Februar. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ meldet: Vertreter des A. und S. Rates, die zur Verhandlung über die Vorgänge im Industriegebiet zum Generalkommando nach Münster gefahren waren, legten dort folgende Wünsche des A. und S. Rates vor: 1. Zurückziehung der Regierungstruppen bis nördlich der Lippe und zwar bis 25. Februar. 2. Das Generalkommando verpflichtet sich, bei der Regierung dafür einzutreten, daß für alle an den kämpfenden Beteiligten eine möglichst weitgehende Amnestie gewährt werde. Die Gefangenen werden gegenseitig ausgetauscht.

Darauf stellte das Generalkommando seinerseits folgende Bedingungen: 1. Sofortige Räumung von Weidern durch die Truppen der Arbeiter und Befreiung Weidern durch die Regierungstruppen. 2. Zurückziehung der Weidern in brauchbarem Zustand. 3. Herausgabe sämtlicher beschlagnahmten Gelder und Lebensmittel. 4. Herausgabe sämtlicher Gefangenen bis zum 22. Februar abends. Alle Gewalttätigkeiten, n. a. Sabotage, sind einzustellen. Sofortige Aufhebung der Kohlenkontrolle und Unterbrechung jeder Einmischung in den Kohlenbetrieb. Wiederherstellung der Pressefreiheit, sofortiger Abbruch des Generalstreiks. Die Abgabe aller Waffen ist sofort in die Wege zu leiten.

Die vorstehenden beiderseitigen Bedingungen wurden dann in einer gemeinsamen Beratung angenommen. Die Vermittlung dieser Bedingungen hatte, wie wir hören, auf Wunsch einiger Mitglieder des A. und S. Rates der Oberbürgermeister Dr. Lütjers übernommen.

Essen, 21. Februar. Die Essener Streikkonferenz stimmt am Abend nach längerer Beratung dem in Münster vom A. und S. Rat vorgelegenen Angebot und den Bedingungen des Generalkommandos mit allen gegen 9 Stimmen zu und beschloß damit den sofortigen Abbruch des Generalstreiks.

### Die Ursache der Expedition.

Auf einer Konferenz in Essen, die sich mit dem Generalstreik im Ruhrgebiet befaßte, machte Genosse Ernst (Dogen) Mitteilungen über die Verhandlungen, die eine nach Weimar entsandte Kommission mit dem Vorkommando des Rates hatte, um die Beilegung des Konfliktes zu erwirken. Der Empfang in Weimar, so meinte Ernst, ist ihm so vorgekommen, wie man früher die Zustände im zaristischen Rußland geschildert habe. Eine schlimmere Ueberwachung und Spionagemacht als gegenüber den nach Weimar kommenden Genossen könne es in Rußland nie gegeben haben.

„Der Rat besaß keine Waffen, was sich der persönliche Adjutant des Herrn Roske, ein Major, von unserer Ungefährlichkeit überzeugt, zu sehen. Dann aber hatten wir zunächst ein Donnerwetter aus Roskes Munde über uns ergehen zu lassen, daß uns fast Hören und Sehen verbergen wollte. Nachher kam es dann doch zu einer Aussprache und als wir dem neuen Herrn den fürchterlichen Ernst der Lage im Industriegebiet darstellten, da schien auch Roske unsicher zu werden und unsere Forderungen: Zurückziehung des Militärs und Wiedereinsetzung des Generalstabskommandos geneigt zu werden.“

Aber da geschah etwas, was die gegenwärtige Situation grell beleuchtet. Der persönliche Adjutant, der Herr Major, sagte Herrn Roske in diesem Moment so laut ins Ohr, daß auch wir es verstehen konnten: „Darunter würde die Autorität des Generalstabskommandos in Münster leiden!“ Diese Einmischung wandelte Herrn Roske wieder um, unglücklich war er wieder der partei Mann, als der er sich zu Beginn der Besprechung gezeigt.

### Erneute Heze.

München ist in revolutionärer Gärung. Der Generalstreik ist proklamiert. Der Landtag tritt vorläufig nicht mehr zusammen. Die Arbeiterklasse handelt einig. Sie hat einen Aktionsausschuß aus allen drei Parteien eingesetzt und unverzüglich einen Kältezug nach München einkufen lassen. Für diesen Beschluß wirkte auch der bayerische Abgeordnete Dr. Sandorfer, in der Erkenntnis, daß nur die Räte bei der fürchtbaren Erregung, die das bayerische Proletariat erlitten hat, die Lage beherrschen können. In derselben Erkenntnis haben auch die bayerischen Minister sich den Räten zur Verfügung gestellt.

So hat das reaktionäre Attentat zunächst das Gegenteil dessen bewirkt, was der Urheber beabsichtigt hatte. Und der Volkssturm, der da in München losgebrochen, beweist zugleich, mit welcher Liebe und welchem Vertrauen das bayerische Volk zu seinem Führer stand, von dem die rechtssozialistische und reaktionäre Presse stets verächtete, daß er niemanden hinter sich hätte.

Die fürchtbare Erregung dürfte auch zu der traurigen Schieberei im Landtag geführt haben, obwohl bisher nicht feststeht, welche Motive den oder die Täter leiteten, ob es nicht dort auch Reaktionäre waren, die die Verwirrung noch steigern wollten. Ein Münchner Arbeiter, namens Peter, soll als Täter festgenommen sein. Näheres ist bis zur Stunde nicht bekannt.

Der „Vorwärts“, dem gestern die Erkenntnis zu dümmern schien, daß es so nicht weiter gehe, daß die Bruder-mörderische Politik der rechtssozialistischen Führer mit jedem Tag mehr die Reaktion erpöckeln lasse, bemüht heute schon die traurigen Vorgänge im Landtag zu erneuter Heze gegen die Münchener Arbeiterklasse.

Es ist stets dieselbe Geschichte. Wenn die Arbeiterklasse irgendwo die Gefahren erkennt, die ihr von der Reaktion drohen, trennt sie sich dagegen zusammen, dann kommen die rechtssozialistischen Führer und suchen diese Einigkeit zu sprengen, wenn nicht anders, so mit Gewalt. So war es in Bremen, so in Hamburg, so soll es jetzt in Bayern werden.

Der „Vorwärts“ beginnt schon vorzuarbeiten. Er berichtet, daß die Minister Kurr, Timm und Koshaupter nicht leben. Bis zur Stunde steht noch nicht fest, daß Kurr keinen Verletzungen erlitten sei, und es ist festzustellen vorhanden, daß er am Leben bleibt. Timm soll leicht verwundet sein, Koshaupter wurde in Schutzhof genommen, als man Anarische gegen ihn beschwerte. Das Gerücht, er sei ermordet worden, ist ganz unkontrollierbar und unbestätigt. Der „Vorwärts“ stellt aber den Tod der drei Männer als sicher hin, um die Stimmung für ein gewaltiges Vorgehen der Reichsregierung vorzubereiten.

Während sonst nichtsozialdemokratische bayerische Politiker die Einberufung des Nationalrates als einziges Mittel der Verbannung fordern, verlangt der „Vorwärts“ die sofortige Einberufung des bayerischen Landtages an einen sicheren Ort und die Bildung einer Generalversammlung! Er weiß, daß das die bürgerliche Klasse bedeutet, er weiß, daß das die härteste Mittel wäre, die fürchtbare Erregung noch zu steigern. Aber die rechtssozialistische Führung schreckt auch vor dem Bürgerkrieg nicht zurück, um ihre Macht zu behaupten und ihren Willen durchzusetzen.

Das hat ja auch die Rede angeht. Die Scheidemann gestern unter der begeisterten Zustimmung der bürgerlichen Parteien in der Nationalversammlung hielt. Seine sozialistische Verständnis für die schwere Situation, in der sich die deutsche Arbeiterklasse befindet, kein anderer Gedanke als die Gewalt, die militärische Niederwerfung Rein Schorsmader hätte anders reden können. Keiner hätte mehr den Beifall der Reaktion hervorrufen können. So soll es auch in Bayern gehen. Auf das Signal, das Scheidemann und sein „Vorwärts“ geben, wird die ganze bürgerliche Presse nun gegen die bayerische Arbeiterklasse schwärmen, und Herr Roske wird wieder Arbeit bekommen.

So wird es weitergehen, bis endlich die Arbeiterklasse sich aufrafft und dem brudermörderischen Vainnen Einhalt



bedient. Sie hat nur ein Organ, das in ihrem Namen  
brechen und handeln kann, das die Einheit der Arbeiter-  
klasse repräsentiert: den Nationalrat. Der Zusammen-  
tritt des allgemeinen deutschen Natio-  
nalkongresses ist die einzige Rettung aus dem  
Unheil, in das uns die Herrschaft der Arbeiterklasse und  
die ungeliebte Politik der rechtssozialistischen Führung  
geführt hat.

### Besonderer Präsident für Preußen.

Weimar, 21. Februar. Amlich. Das preussische  
Staatsministerium hat sich in seiner heutigen Sitzung  
mit dem Gesetzentwurf zur vorläufigen Ordnung der Staats-  
gewalt in Preußen in zweiter Lesung beschäftigt. Die  
Mehrheit der Staatsminister hat bei der Einsetzung eines beson-  
deren Staatspräsidenten mit der Maßgabe zugestimmt,  
dass dadurch der Regelung der staatlichen Exekutive in der end-  
gültigen Verfassung nicht vorgegriffen wird und dass der mili-  
tärliche Oberbefehl bis zur verfassungsrechtlichen Regelung der  
Militärverwaltung dem Ministerpräsidenten überlassen wird. Der  
Verfassungsgebenden Landesversammlung soll der Erlass der kün-  
ftigen Verfassung des preussischen Staates sowie der Ge-  
setze, die seinen Aufschub dulden, zustehen.

### Minister-Zählung.

Bei der sonderbaren Art, wie jetzt die Ministerposten  
ausgeteilt werden, wächst die Verlegenheit, genug Posten  
für alle Antworten zu haben. In politischen Kulturstaaten  
wie England oder Frankreich wählt der Ministerpräsident  
sich seine Mitarbeiter aus den geeignetsten Persönlichkeiten.  
Natürlich so, dass das Ministerium auf das Vertrauen der  
Majorität rechnen kann. Es ist somit eine gewisse Garantie  
gegeben, dass es sich die geeigneten Personen herausuchen  
wird. In Deutschland verfährt man jetzt anders; da wählen  
die Parteien ihre Vertrauensmänner, nicht nur die Minister,  
sondern auch die Unterstaatssekretäre, das heißt, die alten,  
abgenutzten Parteibureaufürsten, und da alle dazukommen  
wollen, ist das Gerate groß. Also hilft man sich mit der  
Vermehrung der Posten. Statt die Verwaltung zu verein-  
fachen, zersplittert man sie noch unnötig. Es wäre durchaus  
ratsam, zum Beispiel das Reichswirtschaftsamt, das Arbeits-  
amt, das Ernährungsamt und das Demobilisationsamt  
zusammenzulegen.

Ueberhaupt müßte eine parlamentarische Kom-  
mission eingesetzt werden, die die Möglichkeit der Verei-  
nigung des während des Krieges entsetzlich ange-  
schwollenen bürokratischen Apparates studiert und durch-  
führt. Statt dessen werden Ministerien geteilt und der Un-  
fug von Ministern ohne Portefeuille noch weiter getrieben.  
Jetzt soll das preussische Kultusministerium gleich  
in drei und das Ministerium des Innern in zwei  
zerlegt werden, angeblich aus sachlichen Gründen, in Wirk-  
lichkeit, weil man dadurch drei neue Minister-  
posten erhält. Außerdem spricht man davon, dass man  
auch in Preußen Minister ohne Portefeuille ernennen will.  
Man möchte nämlich nicht gern einen der bisherigen In-  
haber kränken, andererseits muß man Platz für die ein-  
tretenden Demokraten und Sozialisten schaffen. Man verfährt  
also auf den selben dummen Weg wie im Reich, wo man auch Herrn  
David, der beschäftigungslos wurde, als Ehrenbach-Prä-  
sidenten werden mußte, einfach ins Ministerium übernahm,  
ebenso wie Gothein, für den man noch Beschäftigung sucht.  
Dass das alles ein großer Mißbrauch ist, braucht wohl  
nicht erst bewiesen zu werden.

### Politische Nachrichten.

Die verfassungsgebende preussische Landesversammlung soll  
nicht am 4. März, sondern erst am 5. März in Berlin zusamen-  
treten.

### Gewerkschaftliches.

Beanttragter Austritt des Vereins Deutscher Kaufleute aus  
dem Gewerkschaftsbund.

In einer Versammlung des Vereins der Deutschen Kaufleute  
O. S. X. (Textil und Konfektion) am 20. Februar, die sich mit dem  
beendeten Streit der Handlungsgesellen beschäftigte, wurde von  
den Kollegen Goldschmidt und Abrahamson folgende Resolution  
eingebracht:

„Die am 20. Februar zahlreich versammelten Mitglieder  
des O. S. X. des Vereins der Deutschen Kaufleute fordern den  
Generatrat auf, sofort Schritte einzuleiten, daß der Verein der  
Deutschen Kaufleute aus dem Gewerkschaftsbund,  
dem außer dem O. S. X. nur gelbe Verbände angehören,  
austritt und sofort eine Arbeitsgemeinschaft mit dem Zen-  
tralverband der Handlungsgesellen eingeht.“

Die Resolution wurde von allen anwesenden Mitgliedern, bei  
zwei Stimmenthaltungen, angenommen.

Zu Stadtwahl der Firma Siemens u. Halske waren bekannt-  
lich vor einiger Zeit die Arbeiter in den Streit getreten, weil der  
Dümann Labulle gemahnt worden war. Der Schlichtungsaus-  
schuß, dessen Urteil die Firma nicht abwarten wollte, hat nun zu  
der Sache Stellung genommen. In der stattgefundenen Verhand-  
lung vor dem Schlichtungsausschuss im Streitfalle Labulle, Ros-  
baum und Auhake (Ausführungsgesellen) contra Siemens u. Halske  
(Stadtwahl) betriebsmäßige Maßregelung genannter Kollegen sollte der  
Schlichtungsausschuss dahingehend sein Urteil, daß die Kolle-  
gen wieder einzustellen sind, da Maßregelung vorliegt.  
Die Firmenvertreter erkannten dieses Urteil nicht an und er-  
klärten, beim Demobilisations-Kommissar Berufung einzulegen,  
und müssen nun die Kollegen warten, bis die Entscheidung von  
der letzten Instanz gefällt ist. Man darf gespannt sein, wie das  
letzte Urteil lautet wird.

Unter Bezugnahme auf § 11 des Preussischen geht und fol-  
gende Verurteilung zu: Die in der Beilage der Nummer 31 der  
„Freiheit“ vom 20. Februar 1919 enthaltene Behauptung, Herr  
Ziel vom Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestellter-Ver-  
bande habe das Verlangen gestellt, bei der Bezahlung der Streik-  
tage müsse ein Unterschied gemacht werden zwischen den freiwillig  
freiwilligen und den dazu gezwungenen, ist unzutreffend. Wobei  
zu bemerken, daß Herr Ziel gegenüber dem Standpunkt der Arbeit-  
geber, die Streiktage nicht bezahlen zu wollen, erklärt hat: „Nicht  
weil die Angestellten streiken nicht freiwillig und haben deshalb einen  
Anspruch auf Bezahlung der Streiktage. Werden die  
Arbeitgeber die Bezahlung der Streiktage ablehnen, so müßten  
sie aus dem Grunde genau unterliegen, wie freiwillig und wer  
unfreiwillig streikt. Das sei protokollarisch eine Unmöglichkeit. Schon  
aus diesem Grunde habe der Gewerkschaftsbund, der seinerseits  
den Streik nicht veranlaßt habe, die Bezahlung der Streiktage für  
unzulässig.“

## In entscheidender Stunde

sollen die Wähler und Wählerinnen Groß-Berlins über die  
Zusammensetzung der Stadtverordnetenversammlungen be-  
stimmten.

### Die Wahlen sind von allergrößter politischer Bedeutung.

Die Stimmabgabe soll zeigen, daß die Wähler und  
Wählerinnen von Groß-Berlin die Bedeutung der  
jetzigen Stunde voll empfinden.

### Kühner denn je erhebt die Reaktion ihr Haupt.

Sie glaubt, daß ihre Stunde gekommen sei. Unterstützt von  
den Südbücharen einer angeblich sozialistischen Regierung,  
sucht sie ihre alte Herrschaft wiederherzustellen.

Die Wahlen müssen deshalb eine gründliche Abrech-  
nung mit denen zeigen, die die Herrschaft des Volkes  
zu beseitigen trachten.

Die Wähler müssen Front machen gegen alle Feinde des  
Volkes, aber auch gegen die lauen und halben  
Freunde. Diese angeblichen Freunde sind eine größere  
Gefahr für das Volk, als die offenen Reaktionäre. Sie haben  
die Uneinigkeit und die Zwietracht in die Arbeiter-  
klasse hineingetragen, sie halten dem Bürgertum  
und der Reaktion die Steigbügel und ver-  
helfen ihm in den Sattel.

Die Gemeindevahlen sollen

### Die Herrschaft des Sozialismus in der Gemeinde

verwirklichen. Auch bei dieser Aufgabe ist auf die Mit-  
wirkung der Rechtssozialisten nicht zu rechnen. Sie  
sind Verbündete der Bourgeoisie, abhängig von  
ihren Wünschen und Anordnungen, daher schärfste  
Gegner der Arbeiterräte.

Sie sind aber auch die

### Stützen der alten Polizeigewalt

und die schärfsten Gegner der Beseitigung der Vorrechte der  
Reaktion auf diesem Gebiet. Die alte sozialdemokratische  
Forderung, daß die Polizeigewalt in die Hände der Ge-  
meinde gelegt wird, findet bei ihnen die allerstärkste  
Bekämpfung. Noch letzthin haben sie im Rathaus der  
Stadt Berlin den berüchtigten Schieber-  
Koskes, der den freiwilligen Garde das Recht gibt, nach  
Willkür zu verfahren, ausdrücklich gebilligt.

Wähler und Wählerinnen! Bei den Ge-  
meindevahlen handelt es sich um weittragende politische  
Entscheidungen. Sie müssen deshalb eine gründliche  
Abrechnung mit allen denjenigen bringen, die sich nicht klar  
und entschieden für die Herrschaft des Sozialismus einsetzen.

### Die Rechtssozialisten sind Feinde des Volkes,

ebenso gut wie die Reaktionäre. Die Gemeindevahlen  
müssen deshalb zu einer gründlichen Abrechnung mit ihnen  
gestaltet werden. Der morgige Tag muß verwirklichen, was  
der 19. Januar und der 26. Januar begonnen haben!

Keine Stimme der Reaktion und den Rechtssozialisten!

### Wählt überall die Liste der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei!

### Kandidatenlisten der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (U. S. P.).

Die Listen der Unabhängigen Sozialdemokratischen  
Partei (U. S. P.) beginnen mit den Namen:

Zu Berlin . . . . .	Dr. Hermann Wehl.
„ Charlottenburg . . . . .	Alid-Remig.
„ Neukölln . . . . .	Lachmund.
„ Schöneberg . . . . .	Gustav Hoffmann.
„ Wilmersdorf . . . . .	Dr. Rudolf Dreitscheid.
„ Steglitz . . . . .	Alfmann-Jachow.
„ Friedenau . . . . .	Paul Richter.
„ Brix . . . . .	Wörner.
„ Tempelhof . . . . .	Max Schmidt.
„ Reinickendorf . . . . .	Max Hedding.
„ Lichterfelde . . . . .	Osburg-Bogherr.
„ Treptow-Baumgartenweg . . . . .	Max Freising.
„ Adlershof . . . . .	Emil Klobi.
„ Niederschönweide . . . . .	Paul Vengsch.
„ Cöpenick . . . . .	Emil Lampe.
„ Bohnsdorf . . . . .	Georg Dörner.
„ Alt-Glienick . . . . .	Jackel.
„ Lichtenberg . . . . .	Doktor Wigke.
„ Friedrichsfelde-Karlshorst . . . . .	D. Arensel — R. Düter.
„ Bantow . . . . .	Hubig.
„ Tege . . . . .	Kahl.
„ Reinickendorf . . . . .	Selke-Ronkowsky.
„ Rosenthal . . . . .	Otto Flagemann.
„ Gernsdorf . . . . .	Wegener.
„ Waidmannslust . . . . .	Lischer.
„ Glienick (Nordbahn) . . . . .	Ilfert.
„ Berl.-Buchholz . . . . .	Albert Berndt.
„ Bernau . . . . .	Karl Helbig.

Köpenick. Fernöstlich wurde berichtet, daß die Liste der Stadt-  
verordneten kandidierten mit dem Namen Otto Helbig beginnt. Hier  
betonen, daß der erste Name der Liste Emil Lampe heißt.

Die Zentralwahlbüros der Unabhängigen Sozial-  
demokratischen Partei (U. S. P.) befinden sich in den nach-  
stehend aufgeführten Lokalen:

Zu 3. Kreis . . . . .	Rest. Baum, Stallschreiber- straße 47.
Zu Charlottenburg . . . . .	Volkshaus, Rosinenstraße 3 (Tel.: Wilhelm 1606).
„ Neukölln . . . . .	Bureau des Wahlvereins, Redarstr. 3 (Tel. Nr. 1894).
„ Wilmersdorf . . . . .	Rest. Schilling, Lanen- barger Str. 21.
„ Steglitz . . . . .	Rest. Bischoff, Bergstr. 9.
„ Friedenau . . . . .	Rest. Klabe, Sandjernerstraße 60/61.
„ Reinickendorf . . . . .	Rest. Stärke, Leltower Str. 23.
„ Treptow . . . . .	Rest. Scholze, Grachtstr. 49.
„ Adlershof . . . . .	Rest. Rique, Seddnstr. 4.
„ Brix . . . . .	Rest. Westphal, Rudower Straße.
„ Cöpenick . . . . .	Rest. Schnorre, Bahnhof- str. 1.
„ Bohnsdorf . . . . .	Rest. Mahlsdorfer Str. 1.
„ Alt-Glienick . . . . .	Gemeindeküle.
„ Friedrichsfelde . . . . .	Rest. Rasingberg, Grünauer Straße.
„ Friedrichsfelde . . . . .	Rest. Subbrink, Berliner Str. 98.
„ Bantow . . . . .	Rest. J. Kurfürsten, Berliner Str. 102 (Tel.: Nr. 232).
„ Tege . . . . .	Rest. Christensen, Schlieber- str. 69.
„ Reinickendorf-Ost . . . . .	Jugendheim, Amendestr. (Tel.: Rdf. 449).
„ Reinickendorf-West . . . . .	Rest. Blamann, Schilling- str. 34 (Tel.: Rdf. 3433).
„ Berl.-Buchholz . . . . .	Rest. Kühne, Berliner Str. 39.

Die Wahlbüros sind am Sonntag von morgens 8 Uhr  
ab geöffnet. Wahlhelfer werden noch dringend  
gebraucht. Genossinnen und Genossen, besonders auch  
Radfahrer, die gewillt sind, bei der Wahl zu helfen  
mögen sich in den oben bezeichneten Lokalen melden.

## Groß-Berlin.

### Die Moabiter Prozesse.

Wegen gewalttätigem Hausfriedensbruch, Auf-  
ruhr und Landfriedensbruch hatte sich gestern der  
16jährige Arbeiter Hermann Richter vor den Schranken des  
Landgerichts I zu verantworten. Bedingt aus jugendlicher Neu-  
gierde, um zu sehen, wie es im Kriege zugeht, hatte er sich in das  
Koskegebäude begeben, ohne jedoch selbst eine Waffe zu führen  
oder sich an Gewalttätigkeiten zu beteiligen. Am Freitagabend  
hat er das Koskehaus verlassen, um sich am Sonnabend an seine  
Arbeitsstelle in der Ritterstraße zu begeben, wo er auf Grund  
unvorsichtiger Anomalie während der Frühstückspause ge-  
genüber einem Soldaten auf dessen Veranlassung verhaftet wurde.

Nach der Zeugenaussage des Obermaschinenmeisters Sauche  
von der Firma Koske hielt der Staatsanwalt die Sachlage  
für dahin geklärt, daß durch die Befragung des Koskegebäudes Ge-  
walttätigkeiten gegen Personen und Sachen begangen worden sind.  
Seine Requirier hätte der Angeklagte nach den ersten zwei Tagen  
bestriedigen können, dadurch, daß er länger blieb, muß er sich als  
Teil dieses bewaffneten Hausfriedensbruchs gefühlt haben. Er beantragte  
daher 6 Monate Gefängnis.

Der Verteidiger Dr. Weinberg bestritt, daß der als  
Schloßkammerant auf den Kampfplatz geratene Angeklagte die  
zur Erkenntnis seiner Strafbarkeit nötige Einsicht gehabt habe.  
Er beantragte daher Freisprechung oder die Strafe durch die er-  
stinstige Untersuchungsinstanz als verweigert. — Der Urteilsspruch des  
Landgerichts lautete auf 6 Monate Gefängnis, ein Monat  
Untersuchungshaft ist auf die Strafe angerechnet. Die Anklage  
auf erzwungenen Hausfriedensbruch wurde fallen gelassen.

### Auch ein Demokrat.

Die Inhaber der Wäschefabrik Rosenhof, Straauer  
Straße 44/46, die Herren Moriz und Louis Rosenhof,  
ersterer bisher Stadtvorstand und auch jetzt Kandidat der  
Demokraten, bedienen sich ihrem Personal gegenüber ganz eigen-  
artiger „demokratischer“ Methoden, um Wahlkämpfe zu be-  
kommen. Sie gehen mit einer Liste herum und suchen die Ar-  
beiter und Angestellten zu veranlassen, abends nach Feier-  
abend unentgeltlich Propagandamaterial zu verbreiten.  
Es hat sich leider auch eine ganze Anzahl breitschlagen lassen.  
Dah die Leute nicht freiwillig „Ja“ gesagt haben, geht aus  
folgendem hervor: Eine Angestellte lehnte die Beseitigung ab unter  
dem Hinweis, sie werde tun, was für ihre Uebergewinnung gebo-  
te. In nicht mißverständlicher Weise sagte Herr Moriz Rosen-  
hof: „Schön, dann werde ich auch wissen, was ich zu tun habe.“  
Es wird den Arbeitern ferner vorgegeben, von der Propaganda  
habe nicht die Demokratische Partei den Nutzen, sondern sie diene  
zum Wohle der Firma, also auch der Arbeiter und Angestellten.  
Wie möchten diese Demokraten über Terrorismus setzen, wenn  
sich Arbeiter ähnliches gestatten würden.

### Arbeitslosenbehe.

In welcher Weise gegen Arbeitslosigkeit gehandelt wird, zeigt auch  
folgender Fall. Die „Boskische Zeitung“ gab vor einigen  
Tagen Kenntnis von dem Schreiben eines Landgerichtsprä-  
sidenten an einen Berliner Anwalt, worin bemerkt wird, daß selbst  
für den bewilligten Höchstlohn Löhne für die Erledigung  
des Schreibens nicht zu erlangen seien. Ein beschäftigungs-  
loser Schreiber fuhr darauf, sofort zum Landgericht III und  
meldete sich beim Obersekretär, um seine Dienste anzubieten.  
Infolge dieses Artikels in der „Bosk.“ war das Landgericht  
mit Angeboten von Arbeitswilligen vollständig überschwemmt,  
doch es liegt tatsächlich kein Bedarf vor. Es wurde gesagt, der  
Artikel hätte 6 Wochen früher erscheinen müssen. Da sieht man,  
wie gut die „Boskische Zeitung“ unterrichtet ist.

### Zeugen gesucht!

Zeugen, die gesehen haben, wie am Sonnabend, den 15. Fe-  
bruar, abends, in der Weberstraße ein älterer Mann von einem  
Regierungssoldaten erschossen wurde, werden gebeten, ihre Adressen  
in unserer Lokalredaktion abzugeben.

Freie Jugend Süd-Ost. Montag, den 24. Februar, im Lokal  
von Wille, Reichberger Straße 146, Helferkriegung. Thema:  
„Organisationsfragen“.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wielepp, Neukölln.  
Verlag: „Die Freiheit“ G. m. b. H., Berlin. — Druck des Ein-  
druckerei und Verlags-Gesellschaft u. b. S., Schillingenbaum 13.